Diplom-Kaufmann
Kurt Claßen
Steuerberater

Bürozeiten:
Mo. - Do.: 8.00 - 17.00 Uhr
Fr.: 8.00 - 14.30 Uhr

Sprechzeiten:
Mo. - Fr.: 9.00 -21.00 Uhr
Sa.: Nach Vereinbarung

Dipl.-Kfm. K. Claßen, Stb. · Merzenicher Str. 42 · 50170 Kerpen

Telefon: 0 22 75 / 46 33 + 44 08
Telefax: 0 22 75 / 49 63 (24-Stunden-Betrieb)
Email: kurt.classen@t-online.de (nur zum nichtamtlichen Gebrauch)
Internet: www.Classen1.de

Bankverbindungen:
Sparkasse Düren IBAN: DE76 3955 0110 0044 3010 67 BIC: SDUEDE 33XXX
Kreissparkasse Köln IBAN: DE20 3705 0299 0147 0008 37 BIC: COKS DE33

Steuernummer: 203/5046/0689

Per Fax an 0221/477 - 4050:
Staatsanwaltschaft Köln
Am Justizzentrum 13

50939 Köln

16. März 2016

Erste Erweiterung der Strafanzeige vom 15. März 2016

1.) gegen die Vorstandsmitglieder sowie die Aufsichtsratsmitglieder der RWE Power AG – hiermit ergänzt um deren Mitarbeiter als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen - wegen des Beginns und der Fortführung der Arbeiten Beseitigung der Asphaltdecke der alten Trasse der A 4 zwischen der Autobahnbrücke Morschenich und der Autobahnbrücke in ehemaliger Fahrtrichtung Köln zur Fortsetzung und zum Erhalt des Tagebaus Hambach
2.) gegen die Inhaber und Mitarbeiter der Fremdfirmen die im Auftrage der RWE Power AG an diesen Arbeiten mitgewirkt haben,
3.) gegen die Inhaber und Mitarbeiter der Sicherheitsdienste, die diese Arbeiten abgesichert haben,
4.) gegen die Polizisten und Polizistinnen, die diese Arbeiten gedeckt und die Erhebung von Beweisen durch einen Platzverweis vereitelt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren der Staatsanwaltschaft Köln,

die vorbezeichnete Strafanzeige gegen

1.) die Vorstandsmitglieder sowie die Aufsichtsratsmitglieder der RWE Power AG und deren Mitarbeiter als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen,
2.) gegen die Inhaber und Mitarbeiter der beteiligten Sicherdienste und sonstiger Fremdfirmen,
3.) gegen die beteiligten Polizisten und Polizistinnen

sei hiermit um erweitert um Strafantrag gegen die Beteiligten der RWE Power AG, die im März 2015 den Ausbau der Waldwege für schweres Gerät beantragt haben, um die rund um den Tagebau Hambach begangenen Verbrechen auf den Bereich des Hambacher Forstes südlich der A 4 auszuweiten (siehe beiliegenden Beitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Anlage K 16, Spalte 2, Absatz 2, Satz 2).

Des Weiteren ist der Strafantrag auszudehnen um den Strafantrag gegen die verantwortlichen und ausführenden Mitarbeiter der Behörde, die den Ausbau der Waldwege für schweres Gerät genehmigt haben und sich dadurch an den Schwerverbrechen rund um den Hambacher Forst beteiligt haben (siehe beiliegenden Beitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Spalte 2, Absatz 2, Satz 3).

Darüber hinaus ist der Strafantrag zu erweitern auf die verantwortlichen und ausführenden Mitarbeiter des Landesbetriebes Wald und Holz, die Vorarbeiten zum Ausbau der Waldwege geleistet haben, indem sie bei der Polizei um Amtshilfe zur Räumung von Barrikaden auf den Waldwegen und von Baumhäusern nachgesucht haben (siehe beiliegenden Beitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Spalte 1, Absatz 2, Satz 1 und 2).

Der Strafantrag ist weiter zu erstrecken auf die verantwortlichen Bediensteten der Polizeibehörde, die dem Amtshilfegesuch des Landesbetriebes Wald und Holz nachgekommen sind durch Entsendung eines „Großaufgebotes" von Polizisten, Reitern und Hundestaffeln (siehe beiliegenden Beitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Untertitel sowie Spalte 1, Absatz 1, Satz 1).

Der Strafantrag richtet sich weiter gegen die Polizisten und Polizistinnen, die durch ihren persönliche Teilnahme an dem Einsatz sich der Beteiligung an Schwerverbrechen, unter anderem Umweltverbrechen zur Zerstörung des Bodens, zur Verseuchung des Grundwassers, zur Luftverunreinigung, zum Ausstoß von Kohlendioxid und zur Verschlechterung des Klimas, schuldig gemacht haben. Gemäß § 1 PolG NRW hätte die Polizei die von diesen Schwerverbrechen ausgehenden Gefahren verhüten müssen, die vom Landesbetrieb Wald und Forst angeforderte Amtshilfe, die eingesetzten Polizisten und Polizistinnen hätte Ihren Einsatz zur Beteiligung an Schwerverbrechen verweigern müssen.

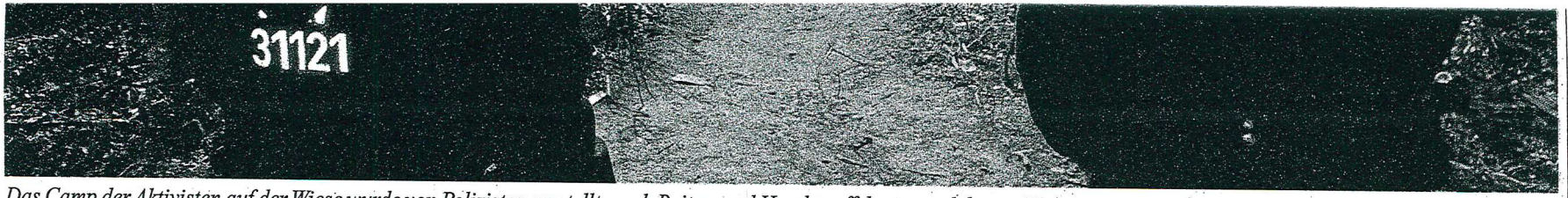
Zum Beweis der Tatsache, welche Polizisten und Polizistinnen am Einsatz beteiligt waren, wurden die Kennzeichen der Einsatzfahrzeuge der Polizei und der Sicherheitsdienste fotografisch festgehalten, die vor der Autobahnbrücke Buir abgestellt waren. Soweit für erforderlich erachtet, werden die entsprechenden Fotos nachgereicht, ggf. wird um einen Hinweis gebeten.

Ergänzend wird Strafantrag gegen den SPD-Landtagsabgeordneten Guido van den Berg aus Bedburg gestellt, der durch seine Äußerungen im Kölner Stadt-Anzeiger (siehe beiliegenden Beitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Spalte 4, Absatz 2) den Einsatz der Polizei gegenüber der Öffentlichkeit verteidigt hat und dadurch der RWE Power AG, der Polizei und den anderen Beteiligten Hilfe zu deren Schwerverbrechen geleistet hat.

Der Strafantrag hat sich zugleich zu richten gegen Frau Gudrun Zentis zu richten, Landtagsabgeordnete der Grünen, die zwar die RWE Power zum „Innehalten" nur bei der Förderung der „erst in vielen Jahren anstehenden Kohle" aufruft (siehe beigefügten Beitrag mi Kölner Stadt-Anzeiger vom 15.03.2016, Spalte 3, Satz 4), in der Zwischenzeit den Tagebaubetrieb aber weiterlaufen lassen will und auf diese Weise ihre Hilfe zur Fortführung der Schwerverbrechen rund um den Hambacher Forst leistet.

Die Strafverfolgung der Landtagsabgeordneten Guido van den Berg (SPD) und Gudrun Zentis (Grüne) erfordert die Aufhebung ihrer Immunität. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität wurde heute gestellt (vgl. Anlagen K 17).

Mit freundlichen Grüßen



Das Camp der Aktivisten auf der Wiese wurde von Polizisten umstellt, auch Reiter- und Hundestaffeln waren dabei im Einsatz. *Fotos: Jansen*

Barrikaden im Wald geräumt

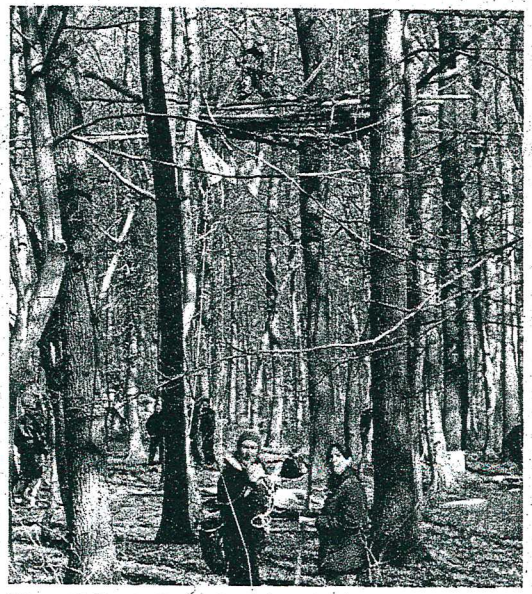
HAMBACHER FORST Großaufgebot an Polizei sicherte die Arbeiten an den Wegen

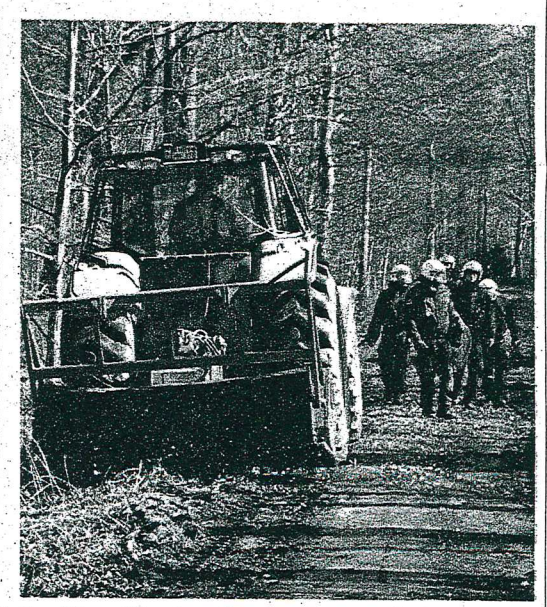
VON RALPH JANSEN

Kerpen/Merzenich. Schweres Gerät im Hambacher Forst, Polizisten ringsum. Reiter- und Hundestaffeln umstellen die Wiese der Aktivisten. Hundertschaften sichern den ganzen Wald. Erst kommt ein Lastwagen mit einem riesigen Greifer und packt sich eine mannshohe Barrikade aus Ästen, die Tagebaugegner auf großen Waldwegen errichtet haben. Dann schleudert der Fahrer die Holzbrocken in einen Häcksler auf der Ladefläche. „Vorsicht, das staubt jetzt", sagt ein Polizist. Er hat recht.

Der Landesbetrieb Wald und Holz habe bei der Polizei um Amtshilfe nachgesucht, bestätigt dessen Pressesprecher Michael Blaschke. „Bei einer Begehung von Polizei, RWE Power und dem Landesbetrieb wurde festgestellt, dass zahlreiche Barrikaden auf den Waldwegen errichtet worden sind." Auch Baumhäuser seien bei dem Einsatz entfernt worden. Schon greift der stählerne Arm wieder zu. Hinter ihm drängt schon ein weiterer Bagger heran, er drückt mit seinem Frontschieber kleinere Zweige, Blätter und Steine vom Waldweg. Dann kommt ein rückwärtsfahrender Traktor mit einer Walze, die Gräser und Sträucher neben dem Waldweg herausreißt und so die Fahrbahn verbreitert. Zum Schluss wird der Weg mit einer dicken Schicht Kies belegt, damit schwere Fahrzeuge darüberrollen können. Eigentümerin des Waldes ist RWE Power.

Deren Sprecher Guido Steffen bestätigt, dass die Wege für schweres Gerät ausgebaut würden: „Im März 2015 haben wir die Arbeiten beantragt. Sie wurden im August genehmigt, mussten aber wegen der langen Phase der Gewalt und Gefahren für Mitarbeiter abgebrochen werden." Das Bergbauunternehmen habe vor, im Wald „an einigen Stellen" Pumpen zu errichten, die das Vorfeld des Tagebaus Hambach entwässern.





Unter Polizeischutz wurden Waldwege verbreitert und die „Pizza-Plattform" in den Bäumen (links) entfernt.

Gudrun Zentis, Sprecherin für Bergbausicherheit der Grünen im Landtag, ist im Wald dabei: „Im Hintergrund laufen Verhandlungen über einen Friedensplan mit RWE und den Aktivisten. Diese Aktion hilft nicht, eine Lösung zu finden. RWE sollte besser innehalten, denn die Kohle unter diesem Wald wird doch erst in vielen Jahren gefördert. Wer weiß, ob sich das dann noch lohnt?"

Steffen sieht das anders: „Das Gelände wird im nächsten oder übernächsten Jahr von den Baggern erreicht. Es liegt voll im Vorfeld des Tagebaus und muss entwässert werden. Dazu brauchen wir die Pumpen. Wir setzen nur unser Recht um."

SPD-Landtagsabgeordneter Guido van den Berg aus Bedburg steht nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zur hohen Polizeipräsenz: „Die Ermittlungsarbeit wurde konzentriert, der Druck erhöht. Seit Februar gibt es im Polizeipräsidium Aachen eine eigene Ermittlungsgruppe." Er habe gehört, dass die Gespräche mit den Aktivisten gescheitert seien, sagte van den Berg im Hambacher Forst.

Antje Grothus von der Initiative Buirer für Buir war Zeugin der Räumung im Wald: „Ich glaube, bei RWE besteht trotz der Gespräche kein ernsthaftes Interesse, die Situation zu entschärfen", sagte sie, als die „Pizza-Plattform", ein Baumhaus wie ein Pizza-Stück, zerstört wurde: „Die Plattform lag doch abseits der Wege, sie störte doch gar nicht." Michael Blaschke vom Landesbetrieb Wald und Holz sagt dazu: „Das Baumhaus war noch im Bau und wurde zerstört, weil keiner darin war. Wenn solche Häuser fertig sind, kann man sie kaum noch räumen lassen."

schlossen worden, Reihenhäuser zu bauen, in den Flüchtlinge untergebracht werden.

An vier Stellen im Wesselinger Stadtgebiet, verteilt auf die verschiedenen Orte, sollen insgesamt 28 Reihenhäuser gebaut werden, die Platz für etwa 300 Menschen bieten. Die Kosten werden auf rund 6,5 Millionen Euro veranschlagt.

Die Bürgerinitiative argumentiert, dass eine Lösung mit mobilen Wohneinheiten, also Containern, nur die Hälfte kosten würde. Die Stadt hält dagegen, dass sie vom Land einen hohen Tilgungszuschuss von mehr als zwei Millionen Euro bekommen würde. Außerdem könnten die Häuser, wenn sie für die Flüchtlinge nicht mehr benötigt würden, vermietet oder verkauft werden.

Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden bis 50 000 Einwohner von sieben Prozent der Bürger unterzeichnet werden. Kommen genügend Unterschriften zusammen und stimmt der Rat zu, kommt es zum Bürgerentscheid. (lm)

IN KÜRZE

WESSELING

Abwasser floss über die Straße

K 16.

Wegen eines Materialfehlers ist bei Shell Rheinland Raffinerie Abwasser aus einer Leitung in der Nähe der Waldstraße ausgetreten. Wie das Unternehmen mitteilte, trat der Schaden Anfang vergangener Woche mitten in der Nacht auf und wurde entdeckt, als das Abwasser über die Straße floss. Die defekte Leitung transportiert Abwasser zur Kläranlage in der Raffinerie. Sie wird derzeit repariert. Es sei keine

KStA Rhein-Erft vom 15.03.2016, S.29

K 17

Diplom-Kaufmann
Kurt Claßen
Steuerberater

Bürozeiten:
Mo. - Do.: 8.00 - 17.00 Uhr
Fr.: 8.00 - 14.30 Uhr

Sprechzeiten:
Mo. - Fr.: 9.00 -21.00 Uhr
Sa.: Nach Vereinbarung

Dipl.-Kfm. K. Claßen, Stb. · Merzenicher Str. 42 · 50170 Kerpen

Telefon: 0 22 75 / 46 33 + 44 08
Telefax: 0 22 75 / 49 63 (24-Stunden-Betrieb)
Email: kurt.classen@t-online.de (nur zum nichtamtlichen Gebrauch)
Internet: www.Classen1.de

Bankverbindungen:
Sparkasse Düren IBAN: DE76 3955 0110 0044 3010 67
BIC: SDUEDE 33XXX
Kreissparkasse Köln IBAN: DE20 3705 0299 0147 0008 37
BIC: COKS DE33

Steuernummer: 203/5046/0689

Per Fax an 0211/884-2258:
Präsidentin des Landtags NRW
c/o Immunitätsausschuss
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

16. März 2016

Antrag an den Immunitätsausschuss auf Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten der SPD, Guido van den Berg, sowie der Landtagsabgeordneten der Grünen, Gudrun Zentis

Sehr geehrte Damen und Herren des Immunitätsausschusses des Landtages NRW,

gegen die Landtagsabgeordneten Guido van den Berg und Gudrun Zentis ist Strafantrag wegen deren Beteiligung an den Schwerverbrechen im Hambacher Forst gestellt worden.

Auf die Strafanzeige vom 15. März 2016 an die Staatsanwaltschaft Köln sowie auf deren Erweiterung vom 16. März 2016 wird Bezug genommen.

Um die deren Strafverfolgung zu ermöglichen, sei Aufhebung der Immunität der beiden Landtagsabgeordneten beantragt.

Mit freundlichen Grüßen